

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Neueste Wiesbadener Zeitung

Erscheint 12mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren ausw. Vertretungen monatl. 2.50 M., vierteljährlich 7.50 M., durch die Post monatl. 2.50 M., vierteljährlich 7.50 M. ohne Bestellgeld. Das Bestellgeld wird von den Zeitungsbesitzern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf.

Amtes Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Hofstraße 11. Fernruf Nr. 3333, 3316, 3317. — Anzeigenpreis: Die 40 mm breite Kolonnenzeile 60 Pf., die 50 mm breite Kolonnenzeile 75 Pf.; außerhalb: 75 Pf. bzw. 1.00 M. Ausland 2.00 M. bzw. 2.50 M. nach d. Tarif. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 210

Mittwoch, 5. Mai 1920.

74. Jahrgang

Poincarés Kampf gegen die Revision.

DZ. Paris 4. Mai.

Expräsident Poincaré schreibt in einem Artikel im „Matin“ unter der Überschrift „Stumme Ruinen“, es scheint ihm, daß man besser in Dünkirchen, Ypern, Reims oder Verdun eine Konferenz abhalten könne, die der Ausführung des Friedensvertrages gewidmet sei, als in Spa. Poincaré erörtert die Frage, ob die Forderung der Schuld Deutschlands von Frankreich angenommen werden könne. Deutschland befindet sich wirtschaftlich in der kritischsten Phase seiner Geschichte, werde sich aber wieder erholen, weil es bewundernswürdige Qualitäten der Arbeit und Disziplin habe, gleichzeitig auch hartes Nationalgefühl. Aber heute: die Feststellung der Wiedergutmachungsschuld anzunehmen, das ist eine Stunde, da Deutschland am niedrigsten steht, wo es ihm gelinge, sich als trübsalträchtig erweisen zu lassen, als es in Wirklichkeit sei, riskiere man da nicht, die Zukunft mit Rabatt zu verkaufen oder zu erkaufen, bevor die Ähren gereift seien? Jedenfalls widersprechen die Grundzüge, die in dem Artikel 233 und den folgenden festgelegt seien, der Forderung, die 1919 von den Amerikanern und Engländern vorgeschlagen, aber schließlich abgelehnt worden ist. Heute darauf zurückzukommen, bedeutet die Abänderung des Vertrages, der von den Kammern angenommen und dadurch Staatsgesetz geworden ist, das nicht ohne Parlament abgeändert werden könne. Wenn man heute die Forderung, die man Deutschland gegenüber, um Vorschläge zur Deckung seiner Schuld zu machen, verlängere, so bedeutet das wiederum eine Revision. Es scheint nicht möglich, sie ohne parlamentarische Genehmigung anzunehmen. Auf alle Fälle aber könne man bei Festlegung der Schuld nicht unter den Betrag herabgehen, den einmal der französische Delegierte in früheren Unterhandlungen genannt hätte. Der § 12 (Anlage 2 des 8. Teiles des Friedensvertrages (Wiedergutmachungen), Schriftl.) ist tatsächlich fest, daß Deutschland sofort 20 Milliarden bezahlen müsse und 40 Milliarden Goldmark in Bonds, sowie daß es gleichzeitig die Verpflichtung übernehme, neue Emissionen vorzunehmen, wenn die Wiedergutmachungskommission es beschliesse, und zwar handle es sich auch hier um 40 Milliarden Goldmark. Deutschland habe also den Alliierten eine Mindestsumme von 100 Milliarden Goldmark versprochen, ohne späteren Festsetzungen vorzuziehen. Von diesen 100 Milliarden seien 60 Milliarden sofort fällig. Es sei sicher erlaubt, erneut nach einer Zahlungsweise zu suchen, etwa steigende Jahresraten, und indem man sich die endgültige Festlegung vorbehalte, nehme man besser auf die augenblickliche Lage Deutschlands Rücksicht. Man könne ihm auch durch Anleihen helfen, sich wieder aufzurichten und seine Schuld gegen Frankreich zu begleichen, sowie auch seine Schulden bei den neutralen Staaten zu liquidieren. Frankreich wüßte ebenso wie keine Erbfeinde, daß Deutschland sich wirtschaftlich wieder erhebe und es wüßte auch, wie Milverand sagte, mit ihm wieder normale Beziehungen anzuknüpfen, aber dies nur unter der einen Bedingung, daß Deutschland an Frankreich bezahle, was es ihm schulde. Man wolle nicht, daß in 15 oder 20 Jahren, wenn Deutschland wieder aufsteht, die armen Leute im französischen Norden und Osten noch auf den Trümmern ihrer Heimstätten weinen.

Politischer Streit in Frankreich.

Nach den von amtlicher Seite verbreiteten Berichten setzt sich bei den Eisenbahnern an verschiedenen Orten ein Abflauen des Streiks. Eine Verschärfung der allgemeinen Lage ist jedoch dadurch eingetreten, daß sich die Teufelste Dafen- und Dofarbeiter in großer Zahl dem Streik der Eisenbahner angeschlossen haben. In den großen Hafenstädten ruht die Arbeit. Auch die Verarbeiter haben in verschiedenen Gebieten der Aufforderung zum Streik Folge geleistet und haben die Arbeit niedergelassen. Der Streik trägt politisch Charakter. Wie schon gestern berichtet, erklärte der „Allgemeine Arbeiterverband“ (Confédération Générale du Travail), der die Zeitung der Bewegung in Händen hat, daß die fortwährende Gehalts-erhöhung nicht das Mittel wäre, um einen Ausgleich gegenüber der andauernden Teuerung zu schaffen. Das Lohnproblem könne nur durch eine Umgestaltung der Wirtschaftsmethode und durch eine andere Methode der Verwaltung gelöst werden. Das sind Forderungen, die die Sozialisierung zum Ziele haben. Die Regierung greift durch Verhaftungen und militärische Maßnahmen in den Streik ein.

Paris, 4. Mai. Der Unterstaatssekretär für Ernährung hält nach einer Davaumeldung die gegenwärtige Lage hinsichtlich der Versorgung von Paris für außerordentlich und erachtet es nicht für notwendig, die schon beim letzten Eisenbahnstreik vorerlassenen Maßnahmen, wie Beschloßnahme aller öffentlichen und privaten Transportmittel, zu erneuern. Die Lebensmittelankäufe genügen nicht nur für den Verbrauch, sondern genügen auch der Auffüllung der Vorräte, jedoch Paris für drei Wochen versorgt sei. Ein Mitglied des Verbandsrates der Staatsbahnarbeiter wurde heute beim Verlassen einer Versammlung verhaftet.

DZ. Paris, 5. Mai.

Die Metallarbeiter des Seinsbezirks haben sich dem Streik der in der G. S. T. zusammengefaßten Gewerkschaften angeschlossen. Die genannte Organisation hat der Regierung eine Denkschrift überreicht, in der sie die Forderungen der streikenden Eisenbahner, Bergarbeiter und Dofarbeiter auf völlige Umgestaltung der Betriebs- einrichtung darlegt und für die Eisenbahner Verhaftungen, für die Dofarbeiter Umgestaltung der Dafenbetriebe verlangt.

Sicherheitspolizei im Ruhrgebiet.

Berlin, 5. Mai. Vom Reichswehrministerium ist gestern Abend folgender Befehl an das Reichswehrgruppenkommando Nr. 2 und das Bezirkskommando Nr. 6 gegeben worden:

„1. Die Reichsregierung hat bestimmt, daß die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände im Gebiet südlich der Ruhr und östlich des von Truppen besetzten Düsseldorf-Gebietes durch Sicherheitspolizei unter Leitung und Verantwortung ziviler Dienststellen zu erfolgen hat. Die Reichswehrruppen finden in diesem Gebiet keine Verwendung.“

2. Die Herabschätzung der in der fünfzig Kilometerzone stehenden Reichswehrruppen auf 20 Bataillone, 10 Eskadrons und 2 Batterien ist beschleunigt weiter durchzuführen.“

Nach gestern amtl. Mittellungen hat der Einmarsch der Reichswehr südlich der Ruhr am 3. Mai begonnen. Heute spricht die amtliche Stelle von Sicherheitspolizei. Eine zuverlässige Berichterstattung schließt im neuen Deutschland ein Ding der Unmöglichkeit zu sein.

Gefechte vor Düsseldorf.

Düsseldorf, 4. Mai. Die wiederholten Nachrichten von einer Ansammlung bewaffneter Banden in der Gegend von Stoffeln und Berken veranlaßten ein gemeinsames Vorgehen der Reichswehr, der Sicherheitspolizei und der städtischen Polizei gegen diese Düsseldorf-Vororte. Es kam zu Gefechten. Die Rotgardisten verloren zwei Tote. Vier Verwundete wurden auf das besetzte Gebiet abgedrängt, wo sie entwaffnet wurden. Am 1. Mai wurden im besetzten Gebiet gefangen genommen. Zwei Maschinen-gewehre und mehrere Gewehre wurden ihnen abgenommen.

Stillelegung der Düsseldorfer Straßenbahn beabsichtigt.

Die städtischen Arbeiter in Düsseldorf haben ab 1. Mai neue Lohnforderungen gestellt auf einen Stundenlohn von 7 M., wobei ein Straßenbahnfahrer einen Tagesverdienst von 55.20 M. und ein Fahrerseinkommen von 20.148 M. haben würde. Die Forderungen würden für die Stadt eine Mehrbelastung von 28.000.000 M. bedeuten. In mahdenden Kreisen ist man der Auffassung, daß diese Forderung nicht bewilligt werden kann. Vielmehr mit einer Stillelegung des Straßenbahnverkehrs zu rechnen ist, der infolge der Verkürzung der Fahrpreise in der letzten Zeit schon einen erheblichen Rückgang erfahren hat.

Ebert als „Kollege“ nicht mehr anerkannt.

Der „Freiheit“ zufolge wurde in der Generalversammlung der Sattler und Tapezierer mit rund 1200 gegen fünf Stimmen ein Antrag angenommen, den Reichspräsidenten Ebert auszuscheiden wegen Unterzeichnung des Todesurteils gegen den Emdreiter Kopp. „Die Anwesenden können den Reichspräsidenten nicht mehr als Kollegen anerkennen, weil er entgegen allen sozialistischen Programmen, welche die Todesstrafe verwerfen, gehandelt hat.“ — Schon vor längerer Zeit wurde der sozialdemokratische Parteivorstand des Wils aus derselben Verursachungsorganisation ausgeschlossen aus ähnlichen Gründen.

Bud als sächsischer Ministerpräsident.

Dresden, 4. Mai. Die Volkskammer wählte in ihrer heutigen Sitzung den sozialistischen Abgeordneten Stadtrat Bud in namentlicher Abstimmung mit 62 Stimmen zum Ministerpräsidenten. 12 Stimmen entfielen auf den Deutschnationalen Hofmann. Bud nahm an und sprach die Hoffnung aus, bereits morgen der Kammer die neue Regierung, deren Berufung ihm laut Grundgesetz obliegt, vorstellen zu können.

Die gerichtliche Verfolgung.

Berlin, 4. Mai. Das unter der Leitung des parlamentarischen Untersuchungsamtes im Reichswehrministerium arbeitende Untersuchungsamt über die Märzvorgänge hat bisher vierzehn Fälle erledigt und dem Reichswehrminister vorgelegt: die Generale v. Giffen, v. Lettow-Vorbeck und Strempele, die Obersten Frhr. v. Wangenheim und v. Ledebour, den Oberstleutnant v. Klewitz und den Major Ratkies unter Anklage zu stellen und vom Dienst zu entheben, sowie den General v. d. Hardt, den Oberstleutnant v. Begeil und die Major v. Endow und Bod zu denksuchen und gleichfalls unter Anklage zu stellen, aus dem Gefangenenlager Chemnitz, den des Majors Bille und des Oberstleutnants v. Jabsch wegen mangelnder Beweise niederzuklagen.

Wird Erzberger kandidieren?

Der „Bavrische Kurier“ erzählt von zuverlässiger Seite, daß Erzberger entgegen allen anderen Meldungen bei der Reichstagswahl in seiner schwäbischen Heimat kandidieren werde.

Die feindlichen Brüder im Kaukasus.

mz. London, 5. Mai.

Die Agentur Reuter erfährt, daß die Regierung von Aserbeidschan Armenien ein Ultimatum zugehen ließ, in dem die Klärung der stilligen Grenzgebiete verlangt wird, mit der Drohung, daß andererseits die Truppen von Aserbeidschan in Armenien eindringen würden.

Armenien hat das Ultimatum abgelehnt. Man hält die Lage für sehr ernst.

Die polnische Offensive gegen Rußland.

Amsterdam, 4. Mai. Die „Times“ melden aus Warschau, daß nach einer Meldung des Generals St. Beginn der polnischen Offensive 25.000 Gefangene gemacht und 105 Geschütze, 318 Maschinengewehre, 2 Panzerzüge, 2 Tanks und viel Kriegsmaterial erbeutet wurden.

Blutige Zusammenstöße in Italien.

Rom, 4. Mai. Bei einem Zusammenstoß zwischen Gendarmen und Manifestanten wurden ein Polizeikommissar und mehrere Personen schwer verletzt. In Paola (Kalabrien) gab es bei einer Demonstration einen Toten und mehrere Verwundete. In Pola zwei Tote und mehrere Verwundete. In der Provinz Padua verurteilte der landwirtschaftliche Streik schwere Zwischenfälle. Man berichtet von Toten und Verwundeten.

mz. Rom, 5. Mai. (Havas.)

Der offizielle „Messaggero“ meldet unter dem 4. Mai noch über die Vorgänge in Biareggio: Zweihundert Karabinieri sind in Biareggio eingedrungen. Der Generalsekretär dürfte, falls nicht neue Zwischenfälle vorkommen, bis heute Abend beendet sein. Das Auto des Generals Mangioroli war verbrannt und das des Generals Gualco beschädigt worden. In Livorno ist der Generalsekretär unter Beteiligung der Eisenbahner erklärt worden.

Der Bankbeamtenstreik.

Der Streik der Bankangestellten der Großbanken in ganz Mittel- und Oberdeutschland ist vollständig. Es sind etwa 4000 Beamte im Streik. Die Kassenstellen der Münchener Großbanken sind wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Der Streik in Köln und Düsseldorf dauert an. In Elberfeld sind die Bankbeamten in einen Sympathiestreik eingetreten.

In einer Versammlung der streikenden Bankbeamten in Düsseldorf wurde erklärt, daß die Verhandlungen mit der Regierung eine Einigung nicht gebracht hätten. Die Bankleitungen erklärten, von ihrer Einkünfte Zentrale keinerlei Vollmacht zu Verhandlungen zu haben. Die Vertreter der drei großen Angestelltenorganisationen gaben Solidaritätsbekundungen ab und sagten teilweise finanzielle Unterstützung an. Man befürchtet in dieser Woche eine Ausdehnung des Streiks auch auf andere Städte des Industriegebietes, wenn es dahin keine Einigung erzielt wird.

Polnische Heze in Oberschlesien.

Berlin, 4. Mai. In der Angelegenheit der bekannten polnischen Forderungen in Oberschlesien ist dem Verordnenden der interalliierten Kommission in Dapeln folgende Note übergeben worden:

„Nach den Ergebnissen der letzten Woche in Oberschlesien hält sich die deutsche Regierung für verpflichtet, die Aufmerksamkeit der interalliierten Kommission auf die Tätigkeit der polnischen revolutionären Organisationen hinzuweisen, welche eine gewalttätige Umwälzung in Oberschlesien zugunsten Polens anstreben. Die deutsche Regierung zur Verfügung stehenden Unterlagen weisen die polnischen Umwälzungspläne eindeutig nach, so zum Beispiel ein Befehl des Komitees zum Schutz Schlesiens, in welchem zur gewalttätigen Vereinigung Oberschlesiens mit Polen aufgerufen wird. Die Schaffung einer Verschwörung und eines polnischen Aufstandes wird darin im einzelnen vorbereitet und das Verhalten gegenüber der interalliierten Kommission festgelegt, damit aller Verdacht von den Polen abgewendet werde. Anherdum wird die sofortige Mobilisierung der polnischen Militärorganisation in acht ober-schlesischen Kreisen, nämlich Beuthen, Rattowitz, Königshütte, Gleiwitz, Jäbze, Mysłowitz, Oppeln und Ansbach, angeordnet. Ich beschreibe mich, sieben Photographien der Originalbefehle und sieben Übersetzungen der Dokumente beizufügen. Die deutsche Regierung glaubt nicht schlagender, daß nach den Bestimmungen und dem Geist des Friedensvertrages es eine der wesentlichen Aufgaben der interalliierten Kommission darstellt, eine gerechte, in Ruhe und Ordnung sich vollziehende Abstimmung unparteiisch vorzubereiten und daher vor allem jeden Versuch einer gewalttätigen Aenderung der politischen Verhältnisse in Oberschlesien zu verhindern. Es bedarf wohl keiner Betonung, daß eine Kampfororganisation, wie es die durch die Dokumente aufgedeckte Organisation ist, mit diesen Grundfäden nicht in Einklang steht und demzufolge ihre Ziele nicht die Billigung der interalliierten Kommissi-

Vermischtes.

92 Vergleiche erstickt? Auf dem Wilhelm-Schacht II in Smidau brach infolge Was-Explosion ein Brand aus, der über zwei Tage wütete. 92 der über 300 Mann starken Belegschaft sind vermutlich erstickt. Ein Bericht, den wir am letzten Freitag veröffentlicht haben, meldete, daß 9 und nicht 92 Mann in Todesgefahr schwebten. Welche Zahl nun richtig ist, steht noch nicht fest.

Keine Bier mehr im Staate Braunschweig. Die „Braunschweigischen Neuesten Nachrichten“ melden: Eine aus allen Theilen des Landes besuchte Gastwirtherversammlung beschloß, die bei den Wirthen noch vorhandenen Bierporräthe so zu vertheilen, daß mit dem 10. Mai in allen Gastwirthschaften Braunschweigs der Bierauskauf eingestellt wird.

50 Menschen durch einen Sturm getötet. Aus Muskogon (Oklahoma) berichtet Reuter: Während eines schweren Sturmes, der die Stadt VEGA verwüstete, wurden 50 Personen getötet und viele verletzt.

Sport.

Zehn Jahre deutsche Flugtechnik.

Der Kommissionsberlog Reiz. Lehmann-Charlottenburg 2 hat unter diesem Titel ein ebenso umfangreiches wie reichhaltig und geistig wertvolles Werk herausgegeben, das in formvollendeter Weise die Entwicklung des Flugwesens überhaupt und der Rumpeler-Luftfahrzeugbau G. m. b. H. im besonderen schildert. Auf annähernd 200 Seiten bietet das reich ausgestattete Buch nicht nur dem technisch gebildeten Leser eine Fülle von statistischem Material, von Konstruktionszeichnungen, Entwürfen und Aufschlüssen. Auch der Laie wird mit lebhafter Anteilnahme die glänzend geschriebene Entwicklungsgeschichte des deutschen Flugzeugbaues und die unabhängigen, in den Text getreuten Bilder verfolgen, die überaus wirkungsvoll die Worte bestätigen und ergänzen. Daß die Rumpeler-Laupe die Grundlage für die Ausbildung der deutschen Fliegertracht geboten hat, ist allgemein bekannt. Jedoch erst aus diesem Buche erfahren wir, auf welchem Umfang und auf welcher Vervollkommnung der Bau von Flugapparaten durch die Rumpelerwerke geistigert worden ist. Die Anzahl der fertiggestellten Flugzeuge ist von 109 bei Kriegsbeginn im Jahre 1918, die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 450 im Jahre 1914 auf 2300 im Jahre 1918, der Umfang der Rumpeler-Werke von 12 000 Quadratmeter im Jahre 1914 auf 35 700 Quadratmeter im Jahre 1918 gestiegen. Mit einer Art schmachtigen Stolz blttet man in diesem Buche, das so viel von deutschem Unternehmungsgeist, von Kraft, nder Ausdauer und Selbstmut zu erzählen weiß. „Der Abschlus des Krieges hat der deutschen Flugzeugindustrie in ihrem Streben nach Weltrentminna ein vorläufiges Ziel gesetzt. Neue Schwierigkeiten und Sorgen um die Zukunft kämpfen sich für sie am Horizont auf. Diese die Firma Rumpeler auch diese Klppen überwinden und in nicht allzu ferner Zeit den Ruhm deutscher Technik auch neue mit ihren Erzeugnissen in alle Welt tragen!“ Diese Sätze hat Major Benckhaupt, der Kommandeur der Flugzeugmeisterei, an den Schlus seiner Geleitsworte für dieses Buch gestellt. Wir können ihnen keine besseren Wünsche beifügen.

— 3 —

Deutsche Jugendherbergen. Allerdings ist der Zweisausfluß Raim-Bahn-Aulda des Vereins „Deutsche Jugendherbergen“ gefährdet worden. Dieser Zweisausfluß umfaßt das ganze Gebiet vom Tannus, Heierwald, Vogelsberg, Spessart, Rhön und das Oberhessische Bergland. Der Verein hat sich zur Aufgabe gemacht, das ganze Reich mit einem Netz von Jugendherbergen zu überziehen, um der geistigen Jugend des Volkes ein billiges, frisches, frohes Wandern in freier Natur zu ermöglichen. Viele unserer Turnervereine, die ja auch das Wandern pflegen, sind dem Verein „Deutsche Jugendherbergen“ als förderndes Mitglied beigetreten, um ihren Angehörigen ebenfalls die Vorteile dieses Vereins bieten zu können.

Volkswirtschaftl.

Börsen und Banken.

Montanmarkt fest; übrige Gebiete schwankend. Aus Berlin. 1. Mai meldet unter ^{seiner} Mitarbeiter: Die Suwarbewegung in Geltenfir-Afrken hatte vorherrschende Einfluß auf die Tendenz des heutigen Verkehrs, der auf anderen Gebieten nicht die Bestätigt für Montanwerte aufwies. Bes. Geltenfirchen kamen erneut Auslandsgerüchte in Umlauf; ob aber die behauptete Verschmelzung mit Deutch-Luxemburg tatsächlich wird, darüber heißt vorläufig jegliche Unterlage. Die Gerüchte bewirkten Besserungen der führenden Montanaktien zwischen 5 und 20 Prozent. Auch A. G. G. konnten stärker ansteigen, und auf dem Rentenmarkt waren mäßige Kurssteigerungen überwiegend. Markt lagen S. Schiffabrisaktien auf Hamburgs Abgaben; die Spekulation hielt sich in ihren Erwartungen auf baldigen Abschluß der amerikanischen Verhandlungen gestützt. Von Suwarwerten nur Schwankung fest. Der Kolonialmarkt tendierte schwächer. Ausländische Fonds zum Teil nachgebend auf die Besserung der Markt.

Deutsche Kuleiben neigten zur Befolgung. Der Industrie-Raffamarkt zeigt wie an den Vortagen gute Haltung: vielfach ist von höheren Rängen zu berichten.

Der Zürcher Seidnamarkt vom Dienstag feiert die Wirt, ebenso gänzlich nach dem Lebens für Paris und Italien. Der Markkurs betrug sich von 2.85 auf 10.15, die Devisen Paris von 37.70 auf 34.80 und Italien von 25.30 auf 25.70; London 21.90 (21.73), Newyork 5.64 (5.52). Aus Holland wird ein Markkurs von 5 Genis gemeldet gegen 4.87 % am Vortage. Die ausländischen Noten im letzten Akt an den deutschen Banken weiter ab: transvalische Banknoten 398 % (343), englische Pfund 218 (220), Dollars 55 % (55 1/2).

Deutsche Reichsbank, Frankfurt a. M. Der Aufsicht für 1919 weist einen Reingewinn von *A* 8903 118 (i. S. 3 084 220) auf. Der Aufsichtsrat hat beschließen, der zum 1. Juni einberufenen Generalversammlung vorzuschlagen, eine Dividende von wieder 6 Prozent (i. S. 6 Proz.) zu verteilten. Nach Abzug der Zantien und Begleichung der durch die Erhöhung des Aktienkapitals entstandenen Steuern von rund *A* 600 000 verbleibt ein Restbetrag von *A* 712 829 (i. S. 602 142).

Industrie.

Farbwerke vorm. Meister Lucius u. Brüning, Höchst a. M.
 Die Bilanz weist für 1919 nach Abschreibung von M 15 299 905,96
 (im Vorjahre M 23 747 496,32) ein Gewinnergebnis von
 M 24 216 861,02 (einrückte sich Saldo Vortrag aus 1915) gegen
 M 14 955 609,51 im Vorjahre auf. Der Aufsichtsrat beschloß, der-
 am 2. Juni 1920 stattfindenden Generalversammlung eine Di-
 vidende von 14 Prozent (gegen 12 Prozent im Vorjahre), so-
 wie die Mittelkassirer von 8 000 000 für Beamten- und Ar-
 beiter-Vorbildungsanrede vorzuschlagen.

Marktberichte.

Berliner Produktenmarkt vom 4. Mai. Der Rüdgang für Hafer setzte sich heute weiter fort; auf Abladung stellte sich der Preis auf 128—129 M für 100 Pfund.

Imm Preisrückgang auf dem Säute markt. Aus Berlin, 4. Mai wird gemeldet, daß die Berliner Säuteauktion, auf der insgesamt 132 246 Stück zur Versteigerung gelangen, mittle Tendenz zeigt; die Preise waren gegen die Ergebnisse im März bis zur Hälfte des früheren Standes gedrückt.

Greier Meinungsantausch.

Nur als „freier Meinungsäußerung“ gekennzeichneten Veröffentlichungen sind nicht als Auslassungen der Schriftleitung anzusehen. Sie übernehmen für dieselben nur die prägende Verantwortung.

Fahrpreise und Volksgesundheit.

Die Einschränkung des Jägerverkehrs und die außer-
gewöhnliche Vertenerung der Verkehrsmittel erweckt nicht
nur allgemein: Unzufriedenheit, sondern muß mit der Zeit

auch zu einer empfänglichen Schädigung der Volksgesundheit ist der Stadtbevölkerung fähren. Noch während der Kriegsjahre war es den vielgeplagten Hausfrauen und Müttern a. B. möglich, an Nachmittagen mit den Kindern dem Staub und der Hitze der Stadt zu entfliehen. Für 10 bis 15 Pf. brachte uns die Giesirische an den Rand unserer herrlichen Taunuswälder. Ebenso führte uns die Eisenbahn für 25 Pf. vom Bahnhof Döbeln nach der hochgelegenen Eisernen Hand. Diese Möglichkeiten sind uns jetzt vollkommen genommen. Denn einen Mindestpreis von 50 Pf. für die Giesirische kann auf die Dauer doch kein Geringemitssteller — und wer zählte heute nicht zu dieser Kategorie — erwidern. Von der Benutzung der Eisenbahn nach dem Glaucoebau oder der Eisernen Hand kann also schon kein Lehrling hände nicht nur der enorme Preis, sondern auch die geringe Anzahl der verkehrenden Räte entgegen. Schon im letzten Jahre war die Benutzung der Ränge der Schwalbacher Bahn infolge des unheimlichen Andrangs mit der Her Lebensgefahr verbunden. Die Hausfrauen sind in der gegenwärtigen Zeit desert in Anspruch genommen, daß sie größere Spaziergänge mit ihren Kindern kaum noch unternehmen können. Wo sollen bei der mangelhaften Ernährung aller Frauen und Kinder die so notwendige Stärkung und Erholung hernehmen? Es müßten seitens des Staats und der Stadt alle Mittel zur Hebung der Volksgesundheit angewandt werden. Dazu gehört aber unbedingt, daß die Förderungsmittel nicht andauernd verrentet werden. Die besondern Verrentarten, die seitens der Straßenbahn wohl auch in diesem Jahre wieder vorausgesetzt werden dürfen, können als außerordentlich ersatz keinesfalls angesehen werden. Es müßte sich doch ermöglichen lassen, für Kinder und deren Begleiter billigere Fahrpreise an zu erwidern. Vielleicht könnten Verbür seitens der Straßenbahnverwaltung besondere Fahrkartenbefreiungen vorzusehen werden. Jedenfalls ist es notwendig, daß sich weitere Kreise mit diesen, für die Volksgesundheit äußerlich wichtigen Fragen beschäftigen. a.

Hauptvertheiler: Bernhard Grötsch.
 Fernanvortlich für deutsche und auswärtsige Valtist: H. Grötsch;
 für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltungs- und volkswirtschaftlichen Fest:
 H. C. Eilenderger; für Stode- und Landnachrichten, Gerich und
 Sport: Deins Gorenz; für die Angerige: Joh. Schler;
 Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags-Anstalt G.m.b.H.
 sämtlich in Wiesbaden.

Arithmetische Aufgabe:



Was enthält diese Kiste ?

Auflösung: $M^2 = M \cdot M$.
Die Kiste enthält 60 Flaschen „Müller Extra“.

„SANS SOUCI“

Führende Wein- und Tee-Diele Wiesbadens.

Spiegelgasse 5, I. Etage. 2 Minuten vom Kurhaus u. Landes-Theater. Spiegelgasse 5, I. Etage.

Donnerstag, den 6. und Freitag, den 7. Mai 1920,
ab 4 Uhr:

Frühlings - Fest

unter Mitwirkung hervorragender Künstler.

Eintrittskarten: **Mk. 10.—** bei Born & Schottenfels und im Büro der Direktion.

Telefon 6267 Nebenstelle.

